



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wentzcke, Paul: Luxemburg und Liechtenstein : ein Kapitel an  
absplitternde deutsche Volksgenossen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Luxemburg und Liechtenstein

Ein Kapitel an absplitternde deutsche Volksgenossen

Von Paul Wenzke



Das Wort vom „Luxemburgisieren“ Flanderns und womöglich noch einiger anderer Länder vor dem Glacis der deutschen Festung hat bei mir in den Kriegsjahren einen recht bösen Klang erhalten. Die Schöpfer und Verbreiter dieser neuen Wortbildung freilich glaubten damit kurz und packend die „friedliche Durchbringung“ derjenigen Staatspflitter ausdrücken zu können, die die Stürme der napoleonischen Kriege und der Revolutionszeit von 1789 erst vom deutschen Reichskörper lösten, deren Anschluß in neuer staatsrechtlicher Gliederung aber die wirtschaftliche und militärische Not Mitteleuropas gebieterisch verlangte. Kurzfristig, wie der Deutsche „drinnen im Reich“ Lage und Lebensbedingungen der Grenzmarken immer — auch heute noch! — zu betrachten gewöhnt ist, sahen die wohlmeinenden Herren im Heer, im Parlament und in der Reichsverwaltung nur auf die äußere Form, während ihnen die innere Besehung dieses ihres „Musterstaates“ Luxemburg ganz und gar fremd blieb. Sie hörten und lasen wohl, daß das kleine Großherzogtum mit all seinen Wirtschaftskräften samt Eisenbahnen und Verbrauchssteuern seit Jahrzehnten schon im deutschen Zollverein wurzelte und in dessen Schutz zu unerhörter Blüte emporstieg. Sie mußten nicht nur vergessen, daß dieser äußeren Bindung die notwendige Vollenkung fehlte, so lange Regierung und Bevölkerung nicht mit an der politischen Mitarbeit beteiligt wurden und zugleich mit den Wahlrechten auch die Pflichten der Landesverteidigung übernahmen. Nach altem guten deutschen Glauben regierte ja die „Wirtschaft“ allein die Welt und die Interessen der Einzelnen. „Politik“ war immer noch ein „häßliches Wort“ und gar auf „Kultur“ und „Wissenschaft“ sahen die „Industriekapitäne“, die vor dem Weltkriege bedeutungsvoll die wirtschaftliche Einheit des Rheintals durch die Interessengemeinschaft von Lothringen, Luxemburg und Rheinprovinz erneuerten, doch mehr oder minder verächtlich herab. Im erschütternden Zusammenbruch dieser „einzigen Gemeinschaft, die der Zukunft gehöre“, zeigt sich uns heute aufs deutlichste, daß „Wirtschaft, Kultur und Politik“ nur in engster Zusammenarbeit bedrohte Grenzmarken am Staatskörper der Nation festzuhalten vermögen.

Wie es vor fünfzig Jahren noch um dieses Luxemburger Land stand, erzählt überaus anschaulich ein Bericht, den Rudolf von Bennigsen in seine bekannte Interpellation über die „Luxemburger Frage“ im Jahre 1867 im Reichstage einflocht. „Wüßten die Herren im Reichsrat, so heißt es da in einem Schreiben aus Luxemburg selbst, wie die 200 000 Luxemburger in Sprache und Sitte doch immer noch ein ganz deutscher Volksstamm sind, wüßten sie, wie im gegenwärtigen Augenblick überall in Stadt und Land alles so gebeugt und mutlos ist, jetzt, wo starke Gerüchte von Annexion an Frankreich kursieren; wüßte man, wie sehnsüchtig allgemein die Blicke sich wenden nach jenen Männern, die doch eben nur des zu einigenden und zu festigenden deutschen Vaterlandes wegen in Berlin tagen; es müßten doch alle sich erheben und im Namen so vieler deutscher und deutsch bleibender Stammesbrüder die Stim-

men dermaßen erheben, daß jede Konzession von oben her quasi unmöglich und jedenfalls als schreiender Mißton im Einigungswerk, ja als moralischer Totschlag angesehen werden mußte. Ja, sagte man sich nicht allzu laut, wir seien im geheimen Einverständnis schon längst von Preußen aufgegeben, sie dürften sicher sein, daß es an eklatanter Offenbarung der Gesinnung nicht fehlen würde. Käme es zu einem suffrage universel, so genügte eine nur etwas bestimmte Aussicht auf einen irgend annehmbaren Vertrag mit Preußen, um das Votum überall in deutschen Sinne zu sichern. Unser Wunsch geht dahin, es möchte doch in irgend einer Weise den Herren des Reichsrates bekannt werden, wie wir Luxemburger nicht schon ein halb- oder auch nur viertelfranzösisches Volk mit fränkischer oder wallonischer Sprache, sondern immer noch ein ganz deutsches Volk mit ganz deutscher Sprache sind und immer bleiben wollen. Unter den 200 000 sind doch höchstens nur 100, die nicht deutsch verstehen und sprechen können.“

Wie stand es, so fragen wir nach diesem überstürzenden Bekenntnis aufs neue, — wie stand es 1918 beim Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs in diesem selben Lande, das doch seither mit scheinbar ehernen, immer fester geknüpften Banden fünfzig Jahre hindurch mit dem aufstrebenden deutschen Zollverein verkettet war? — Begeistert begrüßte ein Volkssplitter, der in Art und Sprache, in Kultur und Wissenschaft ganz verweltet war, den Rückzug der deutschen Heere und Beamten. Frohlockend richtete man die Augen, die schon seit langen Jahren nach Brüssel und Paris geschickt hatten, nun offen zur neuen Sonne, die Frankreichs verheerte Fluren so wunderbar vergoldete. Gleichzeitig hatte die deutsche Kultur und die deutsche Politik die Generalstabsoffiziere der französischen und belgischen Verbearmee ins Land gelassen, die allgemach die Wurzeln des Deutschtums abgraben und neue Schößlinge in den von „Weimar und Potsdam“ vernachlässigten Boden senkten. Heute ist das Ziel dieses vorsichtig aufgenommenen und vermutlich durchgeführten „Minenkriegs“ völlig erreicht; ohne daß sich auch heute die „öffentliche Meinung“ oder gar die Parlamente in Deutschland allzu viel um diese neuen Verluste kümmern, die wir Schlag für Schlag im zweiten Kreis des deutschen Rheintals neben den „Sanktionen“ und abseits vom Friedensvertrag erleiden.

Art. 40 des Versailler Instruments hatte Deutschland lediglich gezwungen, auf die Geltendmachung aller früheren Bestimmungen, die Luxemburg mit dem Reiche von 1842 bis 1902 immer fester verbanden, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 zu verzichten. Die positive „Neuorientierung“ blieb dem Großherzogtum vorbehalten, das man im Frühsommer dieses Jahres im Widerstreit der Pflichten zwischen Frankreich und Belgien endlich für letzteren optiert hat. Die Zollgrenze zwischen beiden Ländern ist aufgehoben; die Verbrauchssteuern, die nach den belgischen Bestimmungen erhoben werden, unterliegen der gemeinsamen Bewirtschaftung. Die künftigen Handelsverträge werden durch Belgien abgeschlossen, das auch die konsularische Vertretung übernimmt: alles ganz nach dem früher deutschen Vorbild. Schärfer als damals aber wird nun die Unterordnung Luxemburgs unter den Führerstaat durch besondere Bestimmungen über den Ausbau der Militärgesetzgebung und vor allem durch Einführung der belgischen Währung auch in Luxemburg festgelegt. Nur wer die enge wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Luxemburgs mit Lothringen in der preußischen Rhein-

provinz kennt, kann ermessen, wie schwer dieser belgische Vorstoß, hinter dem Frankreich als der große Bruder steht, die wirtschaftliche Einheit und Kraft auch des heute noch deutschen Rheintals trifft. Mit einem Schlage fast ist die strategische Verbindung zwischen Metz und Lüttich hergestellt, die die Bundesfestung Luxemburg ein Jahrhundert hindurch verhindert hat.

Noch weniger bekannt wie diese Luxemburger Verhältnisse sind, wie ich fürchte, die Abmachungen, die das kleine Fürstentum Liechtenstein, einst der Rinderspott der deutschen Großmachtspolitik, in aller Stille schon im Anfang dieses Jahres mit der Schweiz schloß. Seit Anfang Februar stehen Post-, Telegraphen- und Fernsprechtbetrieb des Ländchens unter eidgenössischer Verwaltung. Handel und Verkehr, Böhnung, Kauf und Verkauf werden in Schweizer Frankenswährung geregelt. Auch hier ist ein Vorposten des deutschen Wirtschaftslbens im weiteren Sinne mit einem Schlage verloren gegangen. Ein Gegenstück zum deutschen Saargebiet, wenn sich auch der Völkerbundsdespotismus dort nicht leicht mit der milden Hand der Berner Zentralverwaltung vergleichen läßt. Über den Vorderrhein, der bislang die Grenze bildete, schiebt sich die Schweiz nun weit aufs rechte Ufer des deutschen Stromes hinüber. Für die künftige Stromregulierung, die zweifellos bereits oberhalb des Bodensees einsetzen muß, hat sich die Eidgenossenschaft einen ansehnlichen Aktivposten gesichert.

So verführerisch ist dieses Beispiel, daß auch ein zweifellos und völkerrechtlich zur deutsch-österreichischen Republik gehörendes Land, das Vorarlberg, mit dem Gedanken spielt, einen „Unterstand“ bei der Eidgenossenschaft zu suchen: zum mindesten so lange, bis das harte Wetter, das heute dem deutschen Mitteleuropa nur Regen und Sturm bringt, vorübergezogen ist. An und für sich hätte auch in der Tat die Schweiz nichts gegen die Erweiterung ihrer Grenzen einzuwenden, zumal sie dadurch den ganzen Vorderrhein beherrschen und den deutschen wie den französischen Partnern am Unterlauf des Stromes ihren Willen sehr kräftig diktieren könnte. Gerade dieser Wert des neuen Besitzes ist aber auch den Nebenbuhlern bekannt genug, um Italien und Frankreich zum Einspruch anzutreiben. Das erste fürchtet mit Recht die Unterbindung seines direkten Verkehrs von Meran über Reschen—Scheideck und Landeck zum Bodensee, der den römischen Besitzern von Welschtirol heute besonders wichtig ist, da ihm ein schwaches Österreich kein Hindernis in den Weg zu legen vermag. Frankreich aber will als Entschädigung für diese Vergrößerung der Eidgenossenschaft die Genfer „Freizone“, den nach Savoyen hineinragenden Zipfel des Kantons Genf, der heute bereits in das französische Zollgebiet einverleibt worden ist. Nur dieser Widerspruch der römischen Völker hat die Entwicklung vorderhand noch gehemmt.

Das deutsche Volk aber sieht heute wie immer gedankenlos auch diese Landschaften des ganzen deutschen Rheintals nach Westen zu abtreiben, während alle die übrigen Verluste, Eupen, Malmedy und Monschau oder gar Elsaß und Lothringen nur zu schnell vergessen werden, während das Saargebiet vor unseren Augen und mit ganz anderem Erfolge vom Völkerbund „luxemburgisiert“ wird! „Luxemburgisiert“ noch in dem Sinne, daß folgerecht die Werbearbeit über die am Westrande des Rheintals „fest“ gewordenen Schollen weiter vorrückt, von sich aus letzte kärgliche Stückchen deutschen Lebens vom linken

Rheinufer zu tragen. Besatzungslast, wirtschaftliche Not, wie sie heute in dem Erfolg der „Sanktionen“ so furchtbar deutlich sich ausspricht, endlich nicht zum letzten „Kultur- und Greuelpropaganda“: alle diese Lockungen und Drohungen treffen ja noch immer nicht auf die granitene Mauer eines einmütigen nationalen Willens, der im Reiche entflammt und Anziehungskraft genug besitzt, die Landschaften, die sich zu lockern und zu lösen drohen, immer fester und fester ans heimatlische Ufer zu binden oder gar die abgetriebenen zurückzuziehen und ihnen einen sicheren Hafen zu bieten.

Kein anderer als Friedrich Engels, „der erste rheinische Sozialdemokrat“, hat vor achtzig Jahren schon diesen Gedanken so machtvoll und treffend Ausdruck gegeben, daß sie auch unsere kleinen Sorgen über Luxemburg und Liechtenstein, über „Sanktionen“ und „Rheinlandpropaganda“ in den großen Zug weltgeschichtlicher Entwicklung emporheben und zugleich ins Reich hinübertragen: „Nachdem Burgund und Lothringen uns entrißen, so heißt es da, nachdem Frankreich mit dem Elsaß schon bis an den Rhein vorgedrungen und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der ehemals deutschen linken Rheinseite noch unser ist, jetzt schämen wir uns nicht, großzutun und zu schreien: Das letzte Stück sollt ihr wenigstens nicht haben. Statt daß wir Buße tun sollten im Sack und in Asche für die Sünden, durch die wir alle jene schönen Länder verloren haben, für die Uneinigkeit und den Verrat an der Idee, für den Lokalpatriotismus, der vom Ganzen um des lokalen Vorteils willen fälle für die nationale Bewußtlosigkeit.“ Bedeutungsvoll sollte gerade heute dies lange und doch so stolze Bekenntnis des alten „Generals“, alle deutschen Parteien zu der „Einheitsfront“ zusammenzwingen, die das ganze, weite deutsche Rheintal so unendlich bitter nötig hat.



## Über Revolutionen

Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus oder gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zustande kommen, sondern neue Vorurteile werden ebensowohl als die alten zum Leitbände des gedankenlosen großen Haufens dienen. Was aber das äußere Staatsverhältnis betrifft, so kann von einem Staate nicht verlangt werden, daß er seine obgleich despotische Verfassung ablegen sollte, solange er Gefahr läuft, von andern Seiten sofort verschlungen zu werden; mithin muß bei jenem Vorsatz doch auch die Verzögerung der Ausführung bis zu besserer Zeitgelegenheit erlaubt sein.

Kant